

"Neue Generation" in Der Spiegel (13. Juli 1987)

Legende: Am 13. Juli 1987 zeigt das deutsche Nachrichtenmagazin Der Spiegel, dass Portugal trotz der Subventionen der Europäischen Gemeinschaft Schwierigkeiten hat, seinen wirtschaftlichen Rückstand aufzuholen und die Armut im Land zu bekämpfen.

Quelle: Der Spiegel. Das Deutsche Nachrichten-Magazin. Hrsg. AUGSTEIN, Rudolf ; Herausgeber BÖHME, Erich; ENGEL, Johannes K.; FUNK, Werner. 13.07.1987, n° 29; 41. Jg. Hamburg: Spiegel Verlag Rudolf Augstein GmbH.

Urheberrecht: (c) Der Spiegel

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"neue_generation"_in_der_spiegel_13_juli_1987-de-61d89323-48d1-4ca9-8a6a-8deb12363e3b.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 16/09/2012

Neue Generation

1,1 Milliarden Mark zahlte die EG 1986 an Portugal. Nutznießer wird der konservative Regierungschef Cavaco Silva bei den Wahlen am Sonntag sein. Die Armut in seinem Land bleibt unverändert.

Zwei Furchen, aufgeweicht von Regen und Jauche, führen hangaufwärts zwischen eng aneinandergeschmiegtten Häusern aus grauem Granit. Das ist die Hauptstraße des 400-Seelen-Dorfes Lamas d'Olo in Portugals nordöstlicher Region Trás-os-Montes.

Nur 130 Kilometer trennen den Ort von der Hafenstadt Porto, doch auf den engkurvigen Bergstraßen dehnen sie sich auf dreieinhalb Stunden Autofahrt über Schlaglöcher und herabgestürzte Felsbrocken. „Bis hierhin ist Christus nie gekommen und auch die Nelkenrevolution nicht“, sagen die Menschen in Lamas d'Oslo.

Vor 13 Jahren hatten linke Offiziere die Diktatur gestürzt, die Portugal fast ein halbes Jahrhundert lang unterdrückt hielt und zum rückständigsten Land Westeuropas verkommen ließ. Mit der Demokratie schien sich die Hoffnung auf Wohlstand und Bildung für alle zu verwirklichen.

Doch die nachfolgenden Regierungen überließen Trás-os-Montes, den kargen Landstrich „jenseits der Berge“ an der Grenze zu Spanien, weiterhin seinem Elend. Über 30 Prozent der Bewohner können weder lesen noch schreiben, ein Drittel der Säuglinge stirbt, weniger als die Hälfte der Häuser hat fließendes Wasser oder Telephon. In Vila Real und Bragança, den größten Städten der Region, treffen die Zeitungen aus Lissabon mit einem Tag Verspätung ein.

Nun aber kommt über Trás-os-Montes die Verheißung, endlich Anschluß an das 20. Jahrhundert zu finden: Ein Großteil der Gelder, die Portugal seit dem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft am 1. Januar 1986 aus Brüssel erhält, fließt dem benachteiligten Grenzgebiet zu.

„Sie werden mir für jeden Hektar Land 2500 Escudos (32 Mark) und für jedes Schaf 7500 Escudos geben“, berichtet der Bauer Francisco aus Lamas d'Olo. Die Subventionen für ihn und seine Nachbarn glaubt er direkt der Regierung in Lissabon zu verdanken, „dem Herrn Cavaco Silva“. Dem will der Bauer auch bei den Parlamentswahlen am Sonntag seine Stimme geben.

Trás-os-Montes ist ein sicheres Wählerreservoir für die bisherige Minderheitsregierung der rechtsliberalen Sozialdemokraten (PSD): Bis zu 80 Prozent der Stimmen pflegen die konservativen Parteien hier zu gewinnen. Auf die dankbaren, von der EG gehätschelten Bauern setzt jetzt Cavaco Silva, um für seine Partei die absolute Mehrheit zu erobern. Nach 20 Monaten im Amt kann der Premier eine ansehnliche Bilanz vorweisen: Die Inflation sank von 22,3 auf 10,6 Prozent, das Außenhandelsdefizit verringerte sich auf neun Prozent, die Wirtschaft wuchs 1986 mit 4,2 Prozent.

Als Cavaco Silva bei der letzten Wahl im Oktober 1985 überraschend die bis dahin stärkste Partei, die Sozialisten, überrundete, hatte er den günstigsten Zeitpunkt für seine Machtübernahme getroffen. Er erntete die Früchte der Sparpolitik, die der Weltwährungsfonds seinen Vorgängern verordnet hatte. Der niedrige Dollarkurs und das Absacken des Ölpreises schonten den Staatshaushalt zusätzlich.

Den größten Sprung nach vorn aber brachte der noch von den Sozialisten ausgehandelte EG-Beitritt. 1986 kassierten die Portugiesen 530 Millionen Ecu, 1,13 Milliarden Mark, mußten aber nur 280 Millionen Ecu zum Brüsseler Gemeinschaftsbudget beitragen. 640 Millionen Mark aus dem Regional- und Strukturfonds der EG konnten zum Straßenbau, für Wasserversorgung, Kanalisation, Telephonnetz und Elektrizität ausgegeben werden. Mit 415 Millionen Mark aus dem Sozialfonds wurden Umschulungskurse und Arbeitsbeschaffungsprogramme finanziert. Und aus dem Brüsseler Agraretat flossen 50 Millionen direkt an die Bauern.

Aber der Geldsegen wird nicht ewig währen. Bis spätestens 1996 muß Portugal 20 Jahre Rückstand auf das übrige Europa aufholen, dann nämlich wird es in der EG voll in die Pflicht genommen. Bis dahin gilt es, die

notwendigen Strukturreformen durchzusetzen – vor allem in der Landwirtschaft. Obwohl noch ein Viertel der zehn Millionen Portugiesen als Bauern arbeiten, tragen sie nur neun Prozent zum Bruttosozialprodukt bei. Die Erzeugerkosten liegen weit über dem EG-Niveau. Dreiviertel der Lebensmittel muß das Agrarland importieren.

Auch die großenteils verstaatlichte Industrie arbeitet unproduktiv. Wenn 1992 die EG wie geplant den großen Binnenmarkt verwirklicht, müssen die portugiesischen Unternehmen wettbewerbsfähig sein, um gegen die Konkurrenz aus dem Norden bestehen zu können. „Die größten Schwierigkeiten kommen noch auf uns zu“, mahnt deshalb Sozialistenchef Vitor Constâncio, „wir müssen in den nächsten Jahren Methoden und Produktion unserer Industrie und unserer Landwirtschaft grundlegend verbessern“.

Die Veränderung in Trás-os-Montes läßt sich zunächst ermessen am Fortgang der Bauarbeiten für die Schnellstraße von Porto bis Bragança nahe der spanischen Grenze. „Ohne diese Verkehrsader gibt es keinen Fortschritt in der Region“, sagt Mário Pires Cabral von der Stadtverwaltung Vila Real. Aus Mitteln des EG-Regionalfonds wurde dort vor kurzem ein 39 Kilometer langes Teilstück fertiggestellt. „Wenn wir erst Anschluß an Porto haben, wird unsere Stadt wachsen, Unternehmen werden sich hier ansiedeln, die Region wird aufblühen“, hofft Pires Cabral.

Vila Real hat einen sozialdemokratischen Bürgermeister. Daher teilte die Lissaboner Regierung die EG-Mittel besonders großzügig aus, während Städte und Regionen, die nicht unter dem Schutz der SDP stehen, zuweilen leer ausgingen.

Bis in die Dörfer aber ist der Wandel noch nicht gedungen. Dort leben die Menschen weiter fast ausschließlich vom Ertrag der zuweilen nicht mehr als 20 Quadratmeter großen Felder sowie von der Aufzucht von Schafen, Ziegen und Kühen. Sie bauen Wein, Kartoffeln, Mais und Getreide an, meist nur gerade soviel, wie ihre Familie verzehrt. Die Bauern pflügen noch mit Ochsen, die Frauen werfen von Hand die Saat in die Furchen.

Die meisten Häuser von Lamas d'Olo gleichen Ställen. Innen ist es dunkel wie in einer Höhle, über dem offenen Feuer hängt ein Kessel, in dem Eintopf brodelt, die Wände sind rußgeschwärzt. Aber ständig läuft das Fernsehgerät – das ist Fortschritt.

„Wenn ich könnte würde ich auswandern“, sagt der 18jährige António, „am liebsten in die Schweiz wie meine Brüder“. Kaum einen Jungen hält es im Dorf. Denn nach der Schule finden sie meist keine Arbeit, es sei denn beim Vater auf dem Feld. Wer aber Gastarbeiter „im fernen Europa“ war und zurückkehrt nach Lamas d'Olo, baut sich ein richtiges Haus mit Balkongittern aus Messing, Regenrinnen wie in Deutschland oder breiten Flügelfenstern wie in Frankreich.

Nun sollen EG-Mittel die Jugend von Trás-os-Montes an die Heimat binden. „Wir müssen Alternativen zur Landwirtschaft bieten“, sagt Planungsminister Luís Valente de Oliveira, der die Brüsseler Zuwendungen aus dem Regionalfonds verwaltet. Wenn genug Arbeitsplätze durch neue Industriebetriebe geschaffen würden, könnte man die Bauern dazu bringen, ihre unrentablen Landparzellen zu verkaufen, so daß am Ende lohnende Anbauflächen entstünden.

„Wir wissen, daß wir in Zukunft anspruchsvoller und strenger bei der Bewilligung der Projekte sein müssen“, sagt Minister Valente de Oliveira selbstkritisch. Tatsächlich werden die Fördermittel oft genug planlos und willkürlich zugeteilt. Einzelne Bauern erhalten kleine Beträge, die meist nicht ausreichen, um den Ertrag entscheidend zu steigern. Ein wirklicher Strukturwandel läßt sich so nicht herbeiführen.

Von der Förderung von Großprojekten oder Genossenschaften aber scheut sich die Regierung aus ideologischen Gründen. Ein Beispiel dafür ist das Agrar-Industriezentrum von Cachão, 60 Kilometer von Bragança entfernt. In den 60er Jahren wurde es als Sammelstelle für die Weiterverarbeitung aller Produkte der Gegend geplant. Dort sollte Wein gekeltert, Obst und Gemüse in Konserven eingelegt, Milch zu Käse verarbeitet und Schafwolle versponnen werden.

Würde das Zentrum voll arbeiten, könnte es den Bauern Anreiz bieten, über den Eigenbedarf hinaus zu produzieren. Doch der Komplex ist nur zu zehn Prozent funktionsfähig. Eine Finanzspritze aus Brüssel könnte helfen. Die Regierung in Lissabon aber gibt individuellen Projekten Vorrang. Dadurch schafft sie sich dankbare Wähler. Das Agrarzentrum soll aufgespalten und an private Unternehmer verkauft werden.

„Wenn Lissabon weiter so mit den Geldern umgeht, wird es auch in den nächsten 20 Jahren keinen wirklichen Fortschritt bei uns geben“, klagt der sozialistische Spitzenkandidat António Cabeco aus Bragança.

Tatsächlich nehmen viele Portugiesen die EG-Zuschüsse genauso selbstverständlich entgegen, als wäre es die großzügige Spende eines reichen Onkels aus Amerika. Wird das Geschenk vergeudet, denken sie, entsteht höchstens dem Mäzen ein Schaden.

Der an britischen Universitäten geschulte Ökonom Aníbal Cavaco Silva glaubt, den Schlüssel für die Lösung aller Probleme zu kennen: Er will das öffentliche Defizit verringern, indem die Staatsbetriebe reprivatisiert werden. Dem steht allerdings die revolutionäre Verfassung im Weg, die „Sozialismus“ und „Enteignung der Produktionsgüter“ als Staatsziele festschreibt und die Entnationalisierung verbietet. Für den Technokraten Cavaco Silva sind solche Klauseln „altmodische, ideologisch-geprägte Ideen“, die er nach einem Wahlsieg bei der bevorstehenden Verfassungsrevision im Herbst streichen lassen will.

„Eine neue Generation ist nun an der Macht in Portugal“, verkündet er, „wir kennen die Fehler, die nach der Revolution begangen wurden“. Gelingt es Cavaco Silva, wieder Ministerpräsident zu werden, wird er Portugal 13 Jahre nach der Kollektivierung die Wende zurück zur Privatwirtschaft verordnen. Die sozialistische „Nelkenrevolution“ von 1974 wäre dann endgültig beendet.